

## N i e d e r s c h r i f t

### über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 25.10.2001

Unter dem Vorsitz des Herrn Stv. Reese sind anwesend:

von der CDU-Fraktion:

die Herren Stv. Geisendörfer, Grimm, Frau Stv. Weis, Frau Stv. Winterhager und Herr Kleusch

von der SPD-Fraktion:

Herr Stv. Ramette, die Herren Dillbohner, Stucke und Zier,

F.D.P.-Fraktion

Herr Henke,

beratendes Mitglied:

Herr Stv. Menke,

sachkundige Einwohner:

die Herren Beer (IHK), Idelberger (BDB) und Limbach (Umweltverbände, bis 17.00 Uhr TOP 2.), Frau Schäfer (Umweltverbände, ab 17.00 Uhr, TOP 3.),

Gäste:

Herr Prof. Scheuvs (Büro Faltin Scheuvs Wachten), Frau Wember (BI gegen Mobilfunkanlagen), die Herren Allouche und Arenz,

von der Verwaltung

Herr Beig. Bayer (GB 1.1), Herr Beig. Dr. Kühn (GB 2.1, ab 17.00 Uhr), die Herren Rothgang (Umweltmanagement), Walde (R 101), Schmiedecke (R 103), Müller und Frau Reichl (beide R 104), die Herren Franzki, Schlieper und Brinkmann (alle R 105)

Schriftführerin

Frau Paßmann

Beginn der Sitzung: 16.05 Uhr  
Ende der Sitzung: 18.00 Uhr

## I. Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

### TOP 2. „Mobilfunkanlagen“

- Als Tischvorlage liegt zusätzlich aus die Drucks. Nr. 4456/01 „Verzicht auf die Installation von Mobilfunkanlagen auf städt. Gebäuden bzw. städt. Flächen - Antrag der Fraktion B 90/GRÜNE.
- Die als **Tischvorlage der Verwaltung** angekündigte Drucksache Nr. 4452/01 kann **erst** zur nächsten Sitzung des Ausschusses am **06.12.01** verteilt werden.

Vor diesem Hintergrund und mit Einverständnis der Vertreterin der Bürgerinitiativen gegen Mobilfunkanlagen besteht Einvernehmen, den TOP zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 06.12.01 **zurückzustellen**.

- - -

Der Antrag der SPD-Fraktion (Drucks. Nr. 4455/01) sowie ein kurzer Sachstandsbericht der Verwaltung (Drucks. Nr. 4457/01) liegen als Tischvorlage aus. Dieser Themenkomplex wird auf Vorschlag der SPD-Fraktion als TOP 6.1 beraten.

Einverständnis.

- - -

Unter Hinweis auf den einstimmig gefassten Beschluss des Rates vom 24.09.01 wird TOP 9. „Rheinische Strecke“ einvernehmlich abgesetzt.

- - -

Auf Vorschlag von **Herrn Stv. Grimm** werden die Tagesordnungspunkte 4. und 5. gemeinsam beraten.

- - -

### 1. Regionale 2006

#### 1.1 Leitplan zur Entwicklung der Talachse ohne

**Herr Prof. Scheuven** stellt die wichtigsten Ergebnisse des Leitplanes Talachse Wupper vor und geht insbesondere auf die Themenbereiche Industriekultur, Kulturwirtschaft bzw. Arbeiten und Wohnen in der Stadt ein. Auch im Sinne einer „Stadtschau“ könne die Regionale dem „Stukturwandel“ ein Gesicht geben.

**Herr Henke** empfindet die Vorstellungen als erfreulich, leitet aber auch den Wunsch ab, diese – nicht zuletzt als Grundlage des Stadtmarketings – nunmehr zur Entscheidung zu bringen.

**Herr Beig. Bayer** betont, dass die heute vorgelegte Konzeption zunächst als Diskussionsgrundlage auch für die Fraktionen dienen solle. Es liege im Interesse der Verwaltung, entsprechende Beschlüsse bis Ende des Jahres herbeizuführen.

**Herr Limbach** unterstützt den Ansatz, die Innenstadt aufzuwerten.

Auf seine Frage hin erläutert **Herr Beig. Bayer**, dass es Ziel einer Landesgartenschau sei, neue Grünflächen in der Stadt zu schaffen bzw. vorhandene Strukturen zu stärken. Vor-aussetzung sei aber eine Konzentration auf bestimmte Orte unter einer Thematik. Mit der „Stadtschau 2006“ und den Eingangstoren Vohwinkel im Westen und Heckinghausen im Osten mache der Leitplanentwurf einen Vorschlag zur Integration der Landesgartenschau.

Unter Hinweis auf die finanzielle Situation interessiert sich **Herr Henke** für die konkreten Planungen auch im Hinblick auf das Land und bitte um Auskunft, ob die Machbarkeits-studie vorliege. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Wuppertal im Vergleich zu den anderen Städten „hinterher hinke“.

**Herr Beig. Bayer** teilt mit, dass die Studie erst nach dem Beschluss über den Leitplan vergeben werden könne.

Auch nach Auffassung von **Herrn Beer** müssen nunmehr Fakten geschaffen werden. In Anbetracht der Vielzahl der Projekte könne er sich aber nicht vorstellen, dass alle in die Regionale einfließen können. So frage er sich, ob in diesem Zusammenhang ein Ranking stattgefunden habe.

**Herr Prof. Scheuven** betont, dass die Stadt zunächst thematische Schwerpunkte definieren und über diesen Rahmen eine Orientierung schaffen müsse. Wichtig sei es, gemeinsam mit Privaten kurzfristig Impulse über Masterpläne und Runde Tische zu setzen.

**Herr Stv. Ramette** beurteilt den Entwurf als eine gute Grundlage für eine Konkretisierung.

**Herr Beig. Bayer** sieht in dem Leitplan eine Orientierungshilfe sowohl für die Stadt als auch für das Land. Derzeit arbeite die Verwaltung an den einzelnen Themen. Eine entsprechende Bewertung – bei der auch die finanziellen Aspekte einfließen – finde in einem Koordinations-gremium statt.

**Herr Stv. Reese** dankt Herrn Prof. Scheuven ausdrücklich.

#### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt den Leitplanentwurf zur Entwicklung der Talachse Wuppertals zustimmend zur Kenntnis.

Der Ausschuss macht in diesem Zusammenhang seine Erwartung im Hinblick auf eine baldige Vorlage von Konzeptionen hinsichtlich einer Realisierung deutlich.

Einstimmigkeit.

**Herr Henke** begründet den Antrag seiner Fraktion. Insbesondere biete die weiter gefasste Definition der sog. „Gerichtsinsel“ bei einer Gesamtkonzeption größere gestalterische Möglichkeiten.

**Herr Stv. Reese** verweist auf den vom Land geplanten Architektenwettbewerb zur Neugestaltung des Justizzentrums. Er gehe davon aus, dass diese Ergebnisse in eine Rahmenplanung einfließen.

Nach Auffassung von **Herrn Beer** sollte ein Verzicht auf die Straße am Wunderbau auch unter verkehrstechnischen Aspekten bedacht werden.

Auf Nachfrage von Herrn Henke berichtet **Herr Beig. Bayer** über die sehr gute Zusammenarbeit zwischen Land und Stadt. Gleichwohl müsse er deutlich machen, dass das Land der Bauherr sei. Die Stadt sei aber in die Wettbewerbsjury und anschließend über das Bebauungsplanverfahren eingebunden.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den gesamten Bereich der Gerichtsinsel, Wunderbau, Grundstück an der B 7 (gegenüber Wicküler Park) eine integrierte städtebauliche Entwicklung unter Einbeziehung der Planungen des Landes NRW vorzubereiten
2. Dem integrierten Entwicklungskonzept sind folgende Prämissen zu Grunde zu legen:
  - a) Zugang zur Wupper herstellen
  - b) Strasse Wunderbau im Sinne einer Überbauung einbeziehen
  - c) Städtebauliche Verbindung zur Kulturinsel und zur Hofaue schaffen
  - d) Abstimmung mit den Planungen des Landes auf der Gerichtsinsel herstellen
  - e) Grundstücke zwischen Landgericht und B 7 (Grundstück der ehemaligen Tankstelle und den dahinterliegenden Parkplatz) einbeziehen

Einstimmigkeit.

- - -

2. Mobilfunk-Sendeanlagen
  1. Bürgerantrag zu Mobilfunkanlagen in Wohngebieten in Wuppertal

- Bürgerantrag	6450/01
- Vorlage der Verwaltung	6439/01
  2. Anfrage der Fraktion B 90/GRÜNE 1102/01
  3. Anfrage der SPD-Fraktion 4443/01
  4. Verzicht auf die Installation von Mobilfunkanlagen auf städt. Gebäuden bzw. städt. Flächen 4456/01

- Antrag der Fraktion B 90/GRÜNE	
----------------------------------	--

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Es besteht Einvernehmen, den TOP zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 06.12.01 zurückzustellen.

Einstimmigkeit.

3. Umgang mit Investoren 4451/01

- Antrag der FDP-Fraktion	
---------------------------	--

Für **Herrn Stv. Ramette** stellen die im Antrag beschriebenen Forderungen letztlich eine Selbstverständlichkeit dar. Gleichwohl werde seine Fraktion diesen Antrag unterstützen und den künftig für diesen Aufgabenbereich zuständigen Beigeordneten auch daran messen.

Unter Hinweis auf die Aufgabenteilung zwischen Verwaltung und Wuppertal GmbH empfiehlt **Herr Beig. Bayer**, heute keine Beschlüsse in organisatorischen Fragen zu fassen. Er rege vielmehr an, zunächst einen Prüfauftrag zu erteilen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in einer Drucksache Verbesserungspotentiale aufzuzeigen und diese zur Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss am 06.12.01 einzubringen.

Einstimmigkeit.

- - -

- |   |         |
|---|---------|
| 4. Gewerbeparkentwicklung<br>- Antrag der FDP.-Fraktion | 4444/01 |
|---|---------|
- 

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Gelände der GOH-Kaserne einen städtebaulichen Rahmenplan zu entwickeln und die Fläche in das Konzept zur Entwicklung themenbezogener Gewerbeparks in Wuppertal einzubeziehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Konversionskonferenz unter Beteiligung externer Konversionsfachleute, lokaler Akteure und hochrangiger Vertreter des Landes vorzubereiten.

Einstimmigkeit.

- - -

- |  |         |
|--|---------|
| 5. Neunutzung der freiwerdenden Bundeswehrflächen Generaloberst-Hoepner-Kaserne und Standortübungsplatz<br>- Sachstandsbericht und Nutzungskonzept | 4419/01 |
|--|---------|
- 

Für die Umweltverbände unterstützt **Frau Schäfer** den Erhalt der Freifläche Scharpenacken und die vorgesehene gewerbliche Nutzung im Bereich des Kasernengeländes. Auf weitere Gewerbeflächen im Außenbereich könne damit verzichtet werden.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Es wird empfohlen, den Sachstandsbericht zur Kenntnis zu nehmen.
2. Es wird empfohlen, das dargestellte Nutzungskonzept zur Kenntnis zu nehmen.

Einstimmigkeit.

- |   |         |
|---|---------|
| 6.1 Umgestaltung Alter Markt<br>- Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion | 4455/01 |
| - Sachstandsbericht der Verwaltung                                      | 4457/01 |
- 

**Herr Stv. Ramette** begründet die Dringlichkeit des Antrages mit der Presseberichterstattung in dieser Sache und erbittet weitergehende Informationen.

**Herr Beig. Bayer** erläutert, dass der Investor im September sowohl hinsichtlich der Gesamtsituation aber auch über die zeitliche Risiken informiert worden sei. Er habe in diesem

Zusammenhang seine Bedenken im Hinblick auf einen Umbau des Platzes in der Anlauf-phase geäußert.

Problem sei die Entscheidung des Landes über einen frühzeitigen förderunschädlichen Baubeginn, die auf November verschoben worden sei.

Die sich anschließende Diskussion fasst **Herr Stv. Reese** folgendermaßen zusammen:

Auf Grundlage der in der Vergangenheit einstimmig gefassten Beschlüsse habe die Verwaltung Gespräche über mögliche Städtebaufördermittel geführt. Auf dieser Grundlage seien die ersten Planungen erfolgt. Erst nach dem Vorliegen einer Durchführungsplanung könnten Förderanträge gestellt und ggf. Bewilligungen erfolgen. Derzeit laufe die vorgeschaltete Phase der Entwurfsplanung. Über das Instrument des förderunschädlichen Baubeginns könne der Baubeginn rechtzeitig ermöglicht werden.

Auf Nachfrage von **Herrn Henke** stellt **Herr Walde** klar, dass ein Förderantrag auf der Grundlage eines Vorentwurfes gestellt werde. Aufgrund dieser Darstellung der Grundprinzipien einer Gestaltung könne aber noch nicht gebaut werden. Erforderlich sei eine Entwicklung über die Entwurfs-, die Ausbau- bis hin zur Durchführungsplanung. Im Hinblick auf die begleitenden verkehrlichen Maßnahmen habe der Verkehrsausschuss das Entscheidungsprivileg; hier bestehe noch Diskussionsbedarf. Ohne diese Entscheidung könne das Grundprinzip des Entwurfes nicht geklärt werden. Daher bleibe im Hinblick auf die Fördermittel nur der Weg des förderunschädlichen Baubeginns.

#### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Der Sachstandsbericht und die ergänzenden Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Ein aktualisierter Bericht ist zur nächsten Sitzung am 06.12.01 vorzulegen.

- - -

#### 6.2 Begleitmaßnahmen zur Umgestaltung Alter Markt

VO/0289/01/S

**Herr Stv. Grimm** sieht zwar die Zuständigkeit des Verkehrsausschusses für die verkehrlichen Fragen, seiner Meinung nach aber sollte der Stadtentwicklungsausschuss von seiner Kompetenz Gebrauch machen und klarstellen, dass er den Stadtplatz Alter Markt frei halten möchte. Die Mittel sollten für diesen Zweck eingesetzt werden.

Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht priorisiert der Stadtentwicklungsausschuss den Umbau des Alten Marktes und fasst im Rahmen seiner Kompetenz folgenden Beschluss:

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Der Einsatz von 360 000,- DM für die Durchführung von Begleitmaßnahmen für einen busfreien Ausbau des Alten Marktes wird beschlossen.

Voraussetzung für die Realisierung ist die verbindliche Zusage von Landesmitteln.

Einstimmigkeit.

- - -

7.1 Konzept "Integrierte Stadtteilentwicklung in Wuppertal" 4439/01

**Herr Beig. Dr. Kühn** ergänzt, dass die bergischen Städte die Diskussion um Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf auch im Zusammenhang mit der Regionale 2006 fördern und die Thematik gemeinsam angehen wollen. Über die Regionale-Agentur würden intensive Gespräche mit dem Land geführt mit dem Ziel, zusätzliche Mittel zu generieren.

Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die haushaltsneutrale Finanzierung nicht so viele Maßnahmen wie beispielsweise für das Stadtteilprojekt Ostersbaum (Bereitstellung zusätzlicher Mittel) zulasse.

**Herr Stv. Reese** hält es für zwingend erforderlich, dem Negativtrend über präventive Maßnahmen entgegenzuwirken.

**Herr Henke** regt eine regelmäßige Berichterstattung an.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Dem Konzept „Integrierte Stadtentwicklung“ in Wuppertal wird zugestimmt.
2. Die Segregationsanalyse wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt, dieses kleinräumige Beobachtungssystem fortzuführen und weiter-zuentwickeln. Die zuständigen politischen Gremien sind regelmäßig über die Entwicklung der Segregation im Stadtgebiet zu unterrichten.
3. Das Stadtteilprojekt Ostersbaum und der in den Quartieren Oberbarmen/Wichling-hausen-Süd begonnene Erneuerungsprozess werden als Pilotprojekte zur integrierten Stadtteilentwicklung fortgesetzt.
4. Auf der Basis der Prioritätensetzung in der Segregationsanalyse wird die Verwaltung in Abstimmung mit den politischen Gremien für einige wenige weitere Stadtteile/ Quartiere in der Talachse (Arrenberg/Vogelsaue, Nordstadt, Unterbarmen) integrierte Handlungskonzepte entwickeln und die Umsetzung begleiten.
5. In den ausgewählten Stadtteilen/Quartieren wird jeweils ein Stadtteilmanager/eine Stadtteilmanagerin durch Umschichtung vorhandener Ressourcen im GB 2.1 eingesetzt. Organisatorisch erfolgt eine Zuordnung zum GB 2.1.

Der Stadtentwicklungsausschuss bittet in diesem Zusammenhang um eine regelmäßige Berichterstattung, um die weitere Entwicklung verfolgen zu können.

Einstimmigkeit.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Das Handlungskonzept zur Stadtteilentwicklung in Oberbarmen/Wichlinghausen-Süd wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Umsetzung des Stadtteilprojektes wird die Verwaltung geeignete Arbeitsstrukturen (Kernteam, Lenkungsgruppe) einrichten.
3. Die Durchführung des Stadtteilprojektes Oberbarmen/Wichlinghausen-Süd erfolgt als integrierte Stadtteilplanung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel. Vorhaben der Ressorts, Stadtbetriebe und Eigenbetriebe im Projektgebiet haben Vorrang und sind mit dem Kernteam abzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

8. Wohnungsleerstände in Wuppertal am 15.03.2001

4435/01

Für **Herrn Henke** ergeben sich aus der Drucksache – hier insbesondere Punkt 2 „Empfehlungen zur Gegensteuerung“ - Fragen, um deren Beantwortung er die Verwaltung bitte:

So frage er sich beispielsweise, wie in der Praxis „Substanzverbesserungen durch Reduzierung des Angebotes“ erreicht werden können.

Ihn interessiere, wie der Ansatz „Umbau zu neuen Wohnformen“ mit Leben erfüllt werden könne, bezweifle aber, dass dies dem Abbau der geschilderten Überhängen diene.

Er bitte um Informationen zur Gestaltung der „Zusammenarbeit Verwaltung – Eigentümer hinsichtlich der Vermittlung von Mietern“ und weist in diesem Zusammenhang auf bereits existierende Vorschläge hin, die von der Verwaltung bisher nicht aufgegriffen wurden.

Aufgrund der hier dargestellten Fakten könne er nicht nachvollziehen, dass „Wuppertal ein Gebiet mit besonders erhöhtem Wohnraumbedarf“ sein solle. Auch zu diesem Punkt erbitte er eine kurze Stellungnahme.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Ausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag zu.

Hinsichtlich der in der Sitzung aufgeworfenen Fragen wird eine Stellungnahme der Verwaltung zur Sitzung am 06.12.01 erbeten.

Einstimmigkeit.

- - -



10. Nördliche Umgehungs- und Erschließungsstraße im Stadtbezirk Vohwinkel (Nordtangente Vohwinkel) – Machbarkeitsstudie -  
- Ergänzungsvorlage 4636/01  
VO/0240/01/S

---

Es besteht Einvernehmen, dem Votum der BV Vohwinkel zu folgen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

1. Von dem vorgelegten Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Die Zielplanung einer tangentialen nördlichen Ortsumgehung von Vohwinkel als Hauptverkehrsstraße (Nordtangente Vohwinkel) und ggfls. als Ersatz der B 228 wird nicht weiterverfolgt.
3. Die Option einer Erschließungsstraße mit einer Linienführung auf oder entlang der Rheinischen Strecke im Bereich zwischen Bahnstraße und Homannstraße bzw. Homannsdamm und Industriestraße bzw. Deutscher Ring und Benrather Str. unter weitestmöglicher Abstützung auf bestehende Straßen wird langfristig als Zielplanung offen gehalten (Grundsatzbeschluss).

Dabei wird vom Grundsatz her Variante 5 favorisiert.

Einstimmigkeit.

- - -

11. Glasüberdachung an der Bushaltestelle Wall mdl. BE

---

**Frau Reichl** berichtet von der Entscheidung des Verkehrsausschusses, die Planungen für den Umbau der Bushaltestelle Wall mit dem Ziel einer Realisierung in 2002 voranzutreiben. Im Hinblick auf die Finanzierung konnte zwischenzeitlich in Gesprächen mit dem Land erreicht werden, den Eigenanteil der Stadt aus der ÖPNV-Pauschale zu finanzieren. Diese haushaltsneutrale Lösung ermögliche eine Realisierung im nächsten Jahr. Ein entsprechender Durchführungsbeschluss werde dem Verkehrsausschuss in seiner nächsten Sitzung am 04.12.01 vorgelegt.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Die Ausführungen werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- - -

12. Wiederaufbau des sog. "Kugelbrunnens" (ehemals Alte Freiheit)  
auf dem Willy-Brandt-Platz 4437/01

---

**Herr Stv. Geisendörfer** fühlt sich in seinem Rechtsempfinden sowohl als Stadtverordneter als auch als Bürger gestört. So sei er bisher immer davon ausgegangen, dass der die Kosten übernehme, der sie verursacht habe.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Die Verwaltung wird beauftragt, den sogenannten „Kugelbrunnen“, der an der Alten Freiheit abgebaut wurde, auf dem Willy-Brandt-Platz in Elberfeld wiederaufzubauen.

Einstimmigkeit.

13. Bauleitplanverfahren der Stadt Haan 4433/01

## **Bebauungsplan Nr. 138 „Hasenhaus“**

### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 138 „Hasenhaus“ wird mit den entsprechenden Anregungen der Stadt Wuppertal zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- - -

14. Anhörungsverfahren zum B-Plan Verfahren Gewerbe- und Industriegebiet 4446/01

### **Piepersberg der Stadt Solingen**

Für die CDU-Fraktion regt **Frau Stv. Winterhager** an, zunächst das Votum der BV Vohwinkel abzuwarten und Beratung und Beschlussfassung zur nächsten Sitzung zurückzustellen

**Herr Walde** verweist darauf, dass die Stadt Solingen schon seit Jahresbeginn auf eine erste Äußerung der Stadt Wuppertal warte. Eine entsprechende Reaktion sei für nach der Sommerpause zugesagt worden. Im Sinne des gemeindlichen „Miteinanders“ schlage er vor, ein Votum nach der Beratung in der BV abzusetzen. Eine offizielle Beteiligung erfolge zudem im Rahmen der Offenlegung.

### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Aufgrund der zusätzlichen ergänzenden Ausführungen wird die Verwaltung ermächtigt, die Stellungnahme an die Stadt Solingen im Sinne der Beratung in der BV Vohwinkel abzugeben.

Der Stadtentwicklungsausschuss wird seine Stellungnahme im Rahmen der Offenlegung abgeben.

Einstimmigkeit.

- - -

15. Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Schwebebahnhaltestelle 4447/01

### **Oberbarmen und der Wagenhalle Oberbarmen**

### Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Es wird empfohlen, der Stellungnahme der Stadt Wuppertal im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für den Ausbau der Schwebebahnhaltestelle Oberbarmen und Wagenhalle Oberbarmen zuzustimmen.

Einstimmigkeit.

- - -

16. Einzelhandelsentwicklung in den Nachbargemeinden  
hier: Stadt Mettmann

---

4449/01

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Der Bericht der Verwaltung und die Stellungnahme der Bezirksregierung vom 22.08.01 werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- - -

17. Entgeltordnung der Stadt Wuppertal für die Nutzung von städtischem  
unbebauten Grundbesitz

---

4450/01

**Herr Stv. Grimm** stellt fest, dass mit der Entgeltordnung teilweise erhebliche Steigerungen festgeschrieben werden sollen. Betroffen seien insbesondere Vereine; dies werde beispielsweise beim Carnaper Platz deutlich. Da sich zeitgleich der Finanzausschuss mit diesem Thema auseinandersetze rege er an, die Beschlussfassung auf Hauptausschuss und Rat zu verlagern.

**Herr Kinder** erläutert, dass über die Entgeltordnung möglichst alle Fälle geregelt werden sollen. Bei dem angesprochenen Fall handele es sich um eine eher theoretische Annahme. Nach den für die Vereine vorgesehenen Regelungen werde in aller Regel ein Entgelt von rund 50,- DM erhoben. Aufgrund ähnlicher Bedenken habe soeben auch der Finanzausschuss die Beratung auf Hauptausschuss und Rat beschlossen.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Beratung und Beschlussfassung werden auf Hauptausschuss und Rat übertragen.

Einstimmigkeit.

- - -

18. Drucksache zur Kenntnisnahme

Anlagen

- Leerstände in der Deweerthstraße

(Anfrage der Fraktion B 90/GRÜNE in der BV Elberfeld, Stellungnahme der Verwaltung sowie Auszug aus der Niederschrift der BV Elberfeld)

---

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 25.10.01:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis.

Einstimmigkeit.

--

Reese  
Vorsitzender

Bayer  
Beigeordneter

Grimm  
Stadtverordneter

Passmann  
Schriftführerin